

Österreich lockt Südtiroler Geld an

FINANZEN: Fall Zypern schürt Ängste bei Sparern – Kapitalflucht in die Alpenrepublik als Folge

Die Zypern-Krise hat das Misstrauen der Sparer wieder angefacht. Für die Rettung der maroden Kreditinstitute in Zypern werden auch Bankkunden des Landes zur Kasse gebeten. Zwar bleiben Kleinsparer verschont, doch die Anleger sind verunsichert – auch in Südtirol. Die Folge: So mancher bringt sein Geld in Österreich in „Sicherheit“. Über den Nutzen sind sich die Experten uneins.

Montagvormittag in einer Bank in Innsbruck. Freundlich berät die Bankkauffrau ihren Kunden, einen Südtiroler Mittvierziger. Hinter ihm reiht sich ein italienisches Pärchen in die Schlange ein. Es werden heute nicht die einzigen Kunden sein, die von südlich des Brenners zu ihr kommen. „Zurzeit werden wir nahezu überrannt“, berichtete die Bankkauffrau. Immer öfter würden Sparer aus Südtirol und Norditalien ihr Geld aus

tionale Währungsfonds schätzt, dass allein zwischen Juni 2011 und Juni 2012 235 Milliarden Euro – das sind 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – aus Italien abgeflossen sind.

Mit dem unklaren Ausgang der Parlamentswahlen und der Zypern-Krise wurde das Thema wieder akuter. „Wie

die Banken jedoch nicht allzu gern. Zu heikel sei es, als dass man damit in den Medien erscheinen wolle, ließ eine Bank ausrichten. Andere Institute berichteten wiederum, sie hätten in den vergangenen Monaten kein gesteigertes Aufkommen verspürt.

geheimnis, das jetzt arg unter Druck geraten ist (siehe eigenen Bericht), kommt da gelegen. Der Chef des Institutes für Höhere Studien (IHS) in Wien, Christian Keuschnigg, geht jedenfalls davon aus, dass der Anteil „steuerlich motivierter Schiebungen ziemlich bedeutsam ist.“ Steuerländer gebe es in Österreich „mehr als bisher vermutet, auch

Der Fall Zypern besorgt auch viele Südtiroler. So mancher bringt sein Geld ins Ausland, um es vor einem eventuellen Zugriff des Staates zu retten.

Shutterstock



dem Land schaffen und in Österreich anlegen. „Kein Wunder, nachdem die Lage in Italien derzeit so schwierig ist“, sagt die Bankkauffrau.

Kapitalflucht ist in Italien seit Jahren ein immer wiederkehrendes Thema – vor allem immer dann, wenn die Sparer ihr Vertrauen in die italienische Wirtschaft verlieren und die Sorgen um Steuererhöhungen zunehmen, wie zuletzt mit der Finanz- und Schuldenkrise. Die Interna-

spüren tatsächlich, dass sich mit der zähen Regierungsbildung die Unsicherheit verstärkt hat“, bestätigt die Tiroler Sparkasse in Innsbruck. „Das Interesse an Anlagen in Österreich ist zuletzt wieder größer geworden, auch wenn man nicht von einer großen Kapitalflucht sprechen kann.“

Über das Phänomen reden

Bankgeheimnis lockt (noch) Kunden an

Dass die Banken sich gerne zugeknöpft geben, mag auch daran liegen, dass einige Sparer mit einer Anlage im Ausland schlicht und einfach versuchen, Geld vor dem Fiskus zu verstecken. Das österreichische Bank-

wenn deren Zahl einfach nicht bekannt ist“. Der Linzer Ökonom und Schattenwirtschaftsexperte Friedrich Schneider schätzt, dass bis zu zehn Milliarden Euro Schwarzgeld aus dem Ausland auf Konten in Österreich geparkt sind. „60 bis 70 Milliarden von Fremden liegen in Österreich, bis zu 15 Prozent dürften illegales Geld sein“, wird Schneider in

der Gratiszeitung „Heute“ (Montag-Ausgabe) zitiert.

Nicht zwangsläufig illegal

Dennoch: Wenn Ausländer und auch Herr und Frau Südtiroler ihr Geld auf eine österreichische Bank bringen, ist das nicht zwangsläufig als Steuerhinterziehung anzusehen. Denn wer dieses Geld in der Steuererklärung in Italien deklariert, ist in Ordnung. Konkret muss der Transfer von Geld und Wertpapieren erklärt werden, wenn der Wert pro Jahr mehr als 10.000 Euro ausmacht, sowie die im Ausland getätigten Investitionen, etwa in Immobilien oder Lebensversicherungen und Ähnliches. Auch wenn das im Ausland gehaltene Vermögen ein Einkommen abwirft, entweder wenn man Mieteinkünfte erzielt oder das Geld auf dem Konto Zinsen abwirft, muss dieses Einkommen im Ausland und Inland versteuert werden.

Wer Auslandsvermögen nicht erklärt und dabei geschnappt wird, dem drohen hohe Strafen:



„Ich verstehe die Ängste, aber sie sind unbegründet. Die Situation in Italien ist nicht mit Zypern zu vergleichen.“

Johannes Schneebacher,
Generaldirektor der
Südtiroler Volksbank

Es können fünf bis 50 Prozent des nicht deklarierten Vermögens fällig werden.

Sorge um ein zweites Zypern

Die meisten italienischen Kunden würden ihr Geld jedenfalls nicht wegen steuerlicher Aspekte, sondern rein aus Si-



„Im Wahlkampf war die Vermögenssteuer ein Thema; viele empfinden das als Tabubruch – und möchten das vermeiden.“

Walter Steinmair,
Finanzrechtsexperte

cherheitsgründen und völlig legal nach Österreich schaffen, versichert man bei der Tiroler Sparkasse. „Den Kunden geht es nur um den Sicherheitsaspekt, denn so manch einer fragt sich, ob ihm passieren kann, dass er, wie in Zypern, nicht mehr auf sein Geld zugreifen kann.“

Zur Erinnerung: In der Zypern-Krise hatte die Regierung

zunächst angekündigt, alle Bankkonten mit einer Zwangsabgabe an den Sanierungsmaßnahmen des Staates beteiligen zu wollen. Die Empörung der Zyprioten folgte auf dem Fuß. Aus Sorge darum, dass sie massiv Geld abheben könnten, blieben die Banken tagelang geschlossen, Behebungen an Automaten waren nur eingeschränkt möglich. Die Regierung machte in der Folge einen Rückzieher. Nun bleiben Einlagen bis zu 100.000 Euro zwar unangetastet, aber reiche Anleger sollen für die Sanierung der maroden Banken zur Kasse gebeten werden und könnten etwa 40 Prozent ihrer Geldanlagen verlieren.

Diese Ereignisse schürten die Ängste der Sparer in Europa. In Deutschland sagte sogar jeder Zweite bei einer Umfrage der Fernsehanstalten ZDF und ARD, dass er sich nach dem Fall Zypern Sorgen um sein Geld mache.

Ob eine Investition im Ausland allerdings die richtige Reaktion auf diese Angst ist, darin sind sich selbst die Experten nicht einig.

„Italien ist nicht Zypern“

Johannes Schneebacher, Generaldirektor der Südtiroler Volksbank, versteht zwar die Sorgen der Anleger, hält sie aber für unbegründet. Italiens Lage sei in keinem Fall mit Zypern zu vergleichen, betont Schneebacher. Denn das Geschäftssystem Zyperns habe darin bestanden, ein Steuerparadies zu sein, Geldwäsche zu ermöglichen und übernatürlich hohe Zinsen zu gewährleisten. „Damit hat man im Finanzsektor eine riesige künstliche Industrie aufgebaut und es gleichzeitig verabsäumt, aus dem eigenen Land etwas herauszuholen.“ Also andere Wirtschaftszweige weiterzuentwickeln. Noch dazu sei das System über griechische Staatsmittel finanziert worden. „Alles in allem ein verkehrtes Geschäftsmodell, das auf tönernen Füßen steht“, fasst Schneebacher zusammen. Italien dagegen habe zwar viele Probleme aber eine andere wirtschaftliche Ausgangssituation. Zudem ist Schneebacher überzeugt, dass gerade nach dem Fall Zypern „ein breites Bewusstsein bei allen maßgeblichen Politikern in den wichtigen Ländern da ist, dass der Euro halten und man sich dafür einsetzen wird.“ Auch Maßnahmen wie einer Zwangsabgabe schließt er für die Zukunft aus.

Bankgeheimnis unter Druck

HINTERGRUND: Steueroasen-Affäre setzt Österreich unter Zugzwang

In den vergangenen Tagen ist das österreichische Bankgeheimnis arg unter Druck geraten. Österreich denkt sogar daran, das Bankgeheimnis für Ausländer aufzuheben.

Auslöser war die jüngste Steueroasen-Affäre. Vergangene Woche wurde internationalen Medien vertrauliche Dateien zugespielt, die belegen, wie über 130.000 Superreiche, Kriminelle und Finanzjongleure aus 170 Ländern Briefkastenfirmen und sogenannte Trusts in Steuerparadiesen nutzen, um große Vermögen vor dem Zugriff der Steuerbehörde zu verstecken und zweifelhafte Geschäfte zu verschleiern. Wie brisant die Informationen tatsächlich sind und ob sie strafrechtliche Konsequenzen haben, ist noch unklar. Denn: Geld in Steueroasen anzulegen, mag zwar anrüchig sein, ist aber nicht immer illegal. Internationale Konzerne etwa können durchaus legal ihre Gewinne auf Tochterunternehmen in Niedrigsteuerrändern verteilen, sodass ein möglichst geringes Steueraufkommen anfällt. Dennoch entgehen den Staaten – Studien zufolge – Steuergelder in dreistelliger Milliardenhöhe.

Die Industrieländerorganisation OECD und die EU-Kommis-



„Wenn Österreich dabei bleibt, diesen unvermeidlichen Fortschritt für mehr Transparenz zu blockieren, wird es sich in einer einsamen und unhaltbaren Position wiederfinden.“

Algirdas Semeta,
EU-Steuerkommissar

sion sprechen sich deshalb für einen automatischen Informationsaustausch aus.

Österreich ist nach Luxemburg das einzige EU-Land, das nicht automatisch Anlegerinformationen an ausländische Steuerbehörden meldet. Nachdem nun Luxemburg am Wochenende angedeutet hatte, dass das Land den Widerstand gegen einen automatischen Informationsaustausch aufgeben könnte,

steht nun Österreich im Fokus.

Das Thema sorgt aber für Koalitionsstreit: Während die sozialdemokratische SPÖ unter Bundeskanzler Werner Faymann Änderungswillen signalisiert, beharrt die konservative ÖVP auf der aktuellen Regelung. „Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung sind das Gebot der Stunde“, sagte der Bundeskanzler am Montag der Zeitung „Die Presse“ (Onlineausgabe). Österreich müsse sich im Gleichschritt mit Luxemburg und der Schweiz an Verhandlungen über das Bankgeheimnis beteiligen. Das Land werde völlig zu Unrecht in einem Atemzug mit internationalen Steueroasen genannt. Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) sagte dagegen am Montag: „Das Bankgeheimnis muss bleiben.“ Österreich sei keine Steueroase, es gehe um den Schutz der Privatsphäre.

Brüssel erhöhte am Montag den Druck. „Wenn Österreich dabei bleibt, diesen unvermeidlichen Fortschritt für mehr Transparenz zu blockieren, wird es sich in einer einsamen und unhaltbaren Position wiederfinden“, sagte EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta. (APA/dpa) **W**

Härterer Kampf gegen Steuerhinterzieher

Für den Volksbank-Chef ist es daher sinnlos, Geld ins Ausland zu schaffen. „Denn wenn ich es legal mache, muss ich es in der Steuererklärung angeben und in Italien versteuern.“ Folglich könne man es gleich im Land lassen. Und sollte es sich um Schwarzgeld handeln, sei ein ausländisches Konto auch kein sicherer Hafen – wie auch die jüngsten Debatten rund um das Bankgeheimnis und den Kampf gegen Steueroasen zeigen. „Das Lagern von Schwarzgeld im Ausland wird bald ein Ende haben. Wer Geld dort anlegt, hat früher oder später ein Problem“, sagt Schneebacher. Denn diese Konten würde der Fiskus zuallererst unter die Lupe nehmen, wenn er die Gelegenheit bekomme.

Anders argumentiert dagegen der an der Universität Innsbruck lehrende Finanzrechtsexperte Walter Steinmair. Für ihn ist der – legale – Gang ins Ausland ein nur allzu verständliches Vorgehen. „Die Bevölkerung nimmt einige Länder – allen voran Deutschland und Österreich – verstärkt als Musterknaben wahr: weil dort die wirtschaftlichen Eckdaten stimmen, aber vor allem weil das politische System und das Rechtssystem funktionieren – im Unterschied zu einigen südlichen Ländern“, erklärt Steinmair. „Wenn man dann sieht, was in Zypern passiert ist, dann versucht man natürlich, legal einen Geldtransfer vorzunehmen. Die Leute machen sich einfach Sorgen, ob dieser Tabubruch, der in Zypern begangen wurde, auch in Italien passieren kann.“

Sorge wegen Vermögenssteuer

Auch wenn die Lage Zyperns nicht mit jener Italiens vergleichbar ist und hierzulande auch keine Zwangsabgabe im Raum steht, wurde doch lange über eine Vermögenssteuer debattiert, wie Steinmair zu denken gibt. „Im Wahlkampf war das ein Thema; der PD und linksorientierte Parteien haben sich klar dafür ausgesprochen. Viele empfinden das auch als Tabubruch – und möchten das vermeiden.“

Schneebacher sieht jedoch auch diese Sorge nicht begründet. „Der Staat weiß, dass das Kapital ein scheues Reh ist.“ Italien hätte schon zwei Mal in einer kritischen Phase die Möglichkeit gehabt, eine solche Steuer einzuführen, im November

Österreichs Bankengeheimnis

Bankgeheimnis	Keine Info an Finanzministerium außer auf richterlichen Beschluss in Österreich aufrecht	
Anonymität	Wurde 2002 aufgehoben	
Automatischer Informationsaustausch	Ungefragte Information an Heimat-Finanzämter über Einkünfte von EU-Bürgern in Österreich nicht umgesetzt (einziges EU-Land außer Luxemburg)	
Amtshilfengesetz	Automatische Information von Österreich über Gehälter, Pensionen und Mieteinnahmen von Bürgern anderer EU-Länder kommt ab 2014	
Quellensteuer	Bei EU-Bürgern 35 % der Zinserträge, anonyme Überweisung an Heimatländer	
Kapitalertragssteuer (KESt)	25 % der Zinserträge von Österreichern gehen an den Fiskus	


WIKU-Infografik/Quelle: APA

ZUM THEMA

Die aktuelle Regelung

Derzeit gilt: Österreich erlaubt es, dass etwa Deutsche oder Italiener in Österreich Konten eröffnen können, ohne das ihrem Heimatland melden zu müssen. Wer als Ausländer sein Geld in einer österreichischen Bank anlegt, muss zwar bei Kontoeröffnung den Ausweis vorlegen, aber seine Kontostand wird nicht automatisch an seine heimische Steuerbehörde weitergeleitet. Gibt es jedoch einen begründeten Verdacht auf Steuerhinterziehung oder eine andere strafbare Handlung in Zusammenhang mit dem österreichischen Konto, geben die Banken bei Steuerausländern Auskunft. Der Weg ist allerdings relativ umständlich: Zuerst müssen die ausländischen Ermittler die österreichischen Behörden kontaktieren, die dann prüfen, ob die Anfrage „erheblich“ ist und ob im anfragenden Staat alle innerstaatlichen

Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Wird das Ansuchen bewilligt, werden die Bank und der Konto-inhaber informiert. Bei den Österreichern hingegen kann erst dann, wenn ein Strafverfahren eingeleitet ist, auf einen richterlichen Beschluss hin das Konto geöffnet werden.

Aber Österreich musste in Vergangenheit bereits nachgeben: Auf Sparzinsen und Anleihe-Erträge in Österreich von Ausländern wird eine Quellensteuer von 35 Prozent erhoben. 75 Prozent davon gehen anonymisiert an die jeweilige Steuerbehörde. Mit 2014 wird ein automatischer Informationsaustausch mit anderen EU-Staaten für Vergütungen aus unselbstständiger Arbeit, Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen, Lebensversicherungsprodukten, Pensionen sowie Einkünften aus Eigentum eingeführt. 

2011 und im Juni 2012, und es beide Male nicht in Erwägung gezogen. „Stattdessen hat man die IMU eingeführt hat, also eine Steuer auf hier angelegtes Geld. Denn man weiß, dass die mobiliaren Werte wichtig für die italienische Wirtschaft sind.“

Für den Finanzexperten Steinmair ist es jedoch dennoch kein Wunder, dass viele Sparer bei einer Investition im Ausland einfach „ein besseres Gefühl“ haben. Und das sei nicht der einzige Vorteil: Österreich könne zudem mit „interessanteren Gestaltungs- und Finanzierungsmöglichkeiten“ aufwarten, etwa wenn jemand eine Immobilie kauft und diese weitervermietet.

Steinmair würde selbst sein Geld differenziert investieren und teils auch im Ausland anlegen. Er geht das Thema grundsätzlich pragmatisch an: „Wir sind Europäer. Heute sind Österreich und Deutschland interessant, in einigen Jahren ist es vielleicht Italien, wenn man die entsprechenden Voraussetzungen schafft.“

Selbst die Kenner der Branche haben folglich unterschiedliche Ansichten darüber, wie sinnvoll es ist, Geld im Ausland zu investieren. Fix ist nur eines: Legale Wege sind vorzuziehen.

SABINE GAMPER



Experten schätzen, dass bis zu zehn Milliarden Euro Schwarzgeld aus dem Ausland auf Konten in Österreich geparkt sind.

Shutterstock